Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidg. Finanzdepartement
Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Bernhof
3003 Bern

1. Juli 2014

Revision der Expatriates-Verordnung (ExpaV); Anhörungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2014 haben Sie uns die Vorlage zur Revision der oben genannten Verordnung im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Stellungnahme unterbreitet. Wir danken Ihnen dafür und nehmen die Gelegenheit dazu gerne wahr.

Wir stimmen den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung grundsätzlich zu. Verschiedene Bestimmungen werden präziser gefasst und vereinfachen, obwohl die Änderungen nur punktuell erfolgen, den Vollzug wesentlich. Damit kann ausufernden Forderungen auf die zusätzlichen Abzüge für Expatriates besser entgegen getreten werden. Im Einzelnen erlauben wir uns, folgende Bemerkungen anzubringen:

Begriff der Spezialisten (Art. 1 Abs. 1): Wir stimmen der engeren Fassung des Begriffs „Expatriate“ ohne Vorbehalt zu. Hilfreich dürfte jedoch sein, jenen des „Spezialisten mit besonderer beruflicher Qualifikation“ im Erläuternden Bericht näher auszuführen und mit einigen wenigen Beispielen zu veranschaulichen, statt bloss auf die bisherige Praxis zu verweisen.

Abzug der Wohnkosten (Art. 2 Abs. 1 und 2, je lit. b): Die Beschränkung des Wohnkostenabzuges auf Fälle, in denen die ausländische Wohnung ständig für den Eigengebrauch zur Verfügung steht, erscheint uns sachgerecht. Der entsprechende Nachweis dieser steuermindernden Tatsache dürfte den Steuerpflichtigen hingegen verschiedentlich Probleme bereiten. Denn er kann auf den Nachweis der negativen Tatsache hinauslaufen, dass die bisherige Wohnung nicht (unter-) vermietet ist, was in dieser Form kaum möglich erscheint.

Pauschalabzug (Art. 4 Abs. 1): Im Erläuternden Bericht wird ausgeführt, dass der Pauschalabzug nur unter der Voraussetzung gewährt werden soll, dass ein Anspruch auf Abzug der Wohnkosten besteht. Die Pauschale umfasst dann auch die Kosten für die Reisen zwischen dem ausländischen Wohnort und der Schweiz bzw. die Umzugskosten. Dieser Präzisierung stimmen wir uneingeschränkt zu. Allerdings bringt die vorgeschlagene Verordnungsbestimmung dies überhaupt nicht zum Ausdruck. Die Voraussetzungen für den Pauschalabzug müssen eindeutig bestimmt sein, beispielsweise wie folgt: „Sofern ein Anspruch auf Abzug von Wohnkosten nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 2 Buchstabe b besteht, kann anstelle der tatsächlichen Kosten ein Pauschalbetrag von monatlich 1500 Franken abgezogen werden. Damit sind

sämtliche besonderen Berufskosten mit Ausnahme jener von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c abgegolten.“

Privatschulkosten (Art. 2 Abs. 2 Bst. c): Mit der Einschränkung des Abzuges auf die eigentlichen Unterrichtskosten sind wir ebenfalls einverstanden. Dies erscheint auch aus diesem Grunde als sachgerecht, als die Betreuungskosten unter besonderen Voraussetzungen ohnehin abzugsfähig sind. In diesem Zusammenhang ist es unseres Erachtens zudem richtig, das Rundschreiben der ESTV vom 7. April 1988 über die Schulgeldbeiträge von internationalen Unternehmen aufzuheben. Denn es würde auf jeden Fall über die Regelung der geänderten Verordnung hinausgehen. Ebenso erscheint es uns als sachgerecht, die Wegleitung zum Ausfüllen des Lohnausweises, wie im Erläuternden Bericht beschrieben, anzupassen.

Abschliessend danken wir Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass Sie unsere Hinweise bei der definitiven Fassung der Verordnungsänderung berücksichtigen können.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber